

Herrn
Oberbürgermeister Beutel
-persönlich-

Mainz

Mainz, 4.5.2011

Lerchenberger Fernwärme, Ortssatzung, Novellierung AVBFernwärmeV

Sehr geehrter Herr OB Beutel,

kaum hatte ich meine an Sie persönlich adressierte Eingabe vom 3.5.2011 auf den Weg gebracht, ist RWE zum Frontalangriff auf mich übergegangen, offenbar um mich als Ziehvater der Novellierung der Fernwärmeverordnung abzustrafen oder zu disziplinieren.

RWE hat mir jetzt völlig rechtswidrig angedroht, mich von der Wärmelieferung abzuschneiden, wenn ich keinen total neuen Langzeitvertrag bis 2021 unterschreibe, obwohl im geltenden Vertrag nur eine einzige Zahl der Anpassung bedarf. Das ist nicht nur ein Angriff auf mich, sondern auch ein Affront gegen die Stadt Mainz als Halterin des 2016 auslaufenden Rahmenvertrages.

Es ist unübersehbar, dass RWE mit allen Tricks, Drohungen und Manipulationen versucht, über das Auslaufen des Mantelvertrags hinaus, Pfründe zu retten. Denn die Stadt wird nicht noch einmal einen derart kundenfeindlichen Vertrag hinnehmen, wie vor 45 Jahren. Falls RWE überhaupt mit der Fortführung der Versorgung beauftragt wird, werden die Konditionen andere sein – und genau das will RWE mit neuen Langzeitverträgen unterlaufen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass es in der AVBFernwärmeV keine Verpflichtung gibt, dass Verträge über 10 Jahre laufen müssen, sie dürfen die Vertragspartner nur nicht länger als 10 Jahre binden. Kürzer geht also, aber RWE will nicht. Und wer nicht pariert, wird bedroht.

Aber es kann auch die Stadt treffen. Denn die Vorlieferung der Wärme vom stadteigenen Betrieb HKW/KMW legt es nahe, dass die Stadt künftig das Geschäft dem Wärmeerzeuger überlassen möchte und nicht einem Zwischenhändler. Wenn aber RWE über 2016 hinaus noch Langzeitverträge hält und diese wegen Entzugs der Versorgungsrechte nicht bedienen kann, besteht die Gefahr, dass die Stadt wegen entgangener Gewinne in Regreß genommen wird, gerade so wie jetzt bei der verordneten Abschaltung der alten AKW's.

Die Problematik hat eine solche Brisanz erlangt, dass Sie die Angelegenheit zur Chefsache machen sollten, denn Frau Ortsvorsteherin Stahl hat ehrlich zugegeben, nichts von den Dingen zu verstehen und die fachlich zuständige Dezernentin Grosse taucht vorsichtshalber ganz ab.

Gerne suche ich Sie zu einem vertiefenden Gespräch auf. Immerhin schätzte man in Berlin meinen Sachverstand so hoch ein, dass ich im Oktober 2009 zu einem richtungweisenden Gespräch ins Wirtschaftsministerium eingeladen war, nicht etwa ein Vertreter der Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

(Hartmut Rencker)